

2. Tätigkeitsbericht des Beauftragten für jüdisches Leben in Mecklenburg-Vorpommern und gegen Antisemitismus

1. Januar 2024 - 31. Dezember 2025



Nikolaus Voss

„Antisemitismus die Stirn bieten“

Inhaltsverzeichnis

Einleitung.....	2
1. Jüdisches Leben in Mecklenburg-Vorpommern	2
1.1. Gespräche mit dem Landesverband der jüdischen Gemeinden	2
1.2. Netzwerk „Jüdisches Leben in Mecklenburg-Vorpommern: Gestern – Heute – Morgen“ gegründet	2
1.3. Jüdische Kultur pflegen	2
1.4. „Meet a jew“	3
1.5. Judentum lernen – anhand des Schabbats	3
1.6. Jüdische Friedhöfe.....	3
A. Jüdische Friedhöfe (in Gebrauch) in Rostock und Schwerin	4
B. Verwaiste jüdische Friedhöfe	4
1.7. Errichtung des Härtefallfonds für jüdische Kontingentflüchtlinge.....	5
1.8. Vermittlung mit der Landesregierung und den Kommunen	5
1.9. Bund-Länder-Kommission der Antisemitismusbeauftragten.....	5
1.10. ConAct	6
2. Antisemitismus	6
2.1. Sicherheit der jüdischen Gemeinden	6
2.2. Landesaktionsplan gegen Antisemitismus	6
2.3. Ergänzung der Landesverfassung zum Schutz jüdischen Lebens	7
2.4. Antisemitismus die Stirn bieten. Wissen und Kompetenzen stärken	7
2.5. Handreichung gegen Antisemitismus für die Grund- und Orientierungsstufe	7
2.6. Lehrerfortbildung mit dem deutschen Botschafter in Israel.....	8
2.7. Umgang mit Antisemitismus an Hochschulen.....	8
3. Erinnerungsarbeit Shoah	9
3.1. Ausstellung „70 Jahre Luxemburger Abkommen“	9
3.2. Projekt „Gedenkbuch Juden in Pommern“	9
3.3. Archivfunde in Ludwigslust	9
3.4. Gedenkzeichen Synagoge Malchin.....	10
3.5. Stolpersteine	10

Einleitung

Am 2. Februar 2022 wurde Nikolaus Voss vom Kabinett als Nachfolger von Dr. Hansjörg Schmutzler zum neuen Beauftragten für jüdisches Leben in Mecklenburg-Vorpommern und gegen Antisemitismus ernannt. Der erste Tätigkeitsbericht umfasste den Zeitraum vom Beginn der Beauftragung bis zum 31. Dezember 2023.

1. Jüdisches Leben in Mecklenburg-Vorpommern

1.1. Gespräche mit dem Landesverband der jüdischen Gemeinden

Der Beauftragte für jüdisches Leben und gegen Antisemitismus in Mecklenburg-Vorpommern stand in Quartalsgesprächen mit dem Landesrabbiner, dem Vorsitzenden des Landesverbandes, den Vorsitzenden der jüdischen Gemeinden in Schwerin und Rostock sowie der Geschäftsführerin der Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland, Büro Mecklenburg-Vorpommern in regelmäßigem Dialog. Ende des Jahres 2023 wurde der Vorsitzende des Landesverbandes Valeriy Bunimov in den wohlverdienten Ruhestand verabschiedet. Zum Nachfolger wurde der Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde Rostock Juri Rosov gewählt.

Valeriy Bunimov wurde am 30. Mai 2022 für seine Verdienste als Repräsentant der jüdischen Gemeinden in Mecklenburg-Vorpommern durch Ministerpräsidentin Manuela Schwesig mit dem Landesverdienstorden geehrt.

1.2. Netzwerk „Jüdisches Leben in Mecklenburg-Vorpommern: Gestern – Heute – Morgen“ gegründet

Bereits nach der Durchführung des Festjahres „1.700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland“ im Jahr 2021/2022 mit über 180 Veranstaltungen in Mecklenburg-Vorpommern entstand die Idee, ein Netzwerk für das jüdische Leben zu gründen. Am 8. Oktober 2025 wurde nun das Netzwerk bei einer Veranstaltung im Max-Samuel-Haus Rostock mit rund 50 Teilnehmenden gegründet. Das Netzwerk soll Einzelpersonen, Vereine, Initiativen und Institutionen miteinander verbinden und den Austausch über Projekte fördern.

1.3. Jüdische Kultur pflegen

In Mecklenburg-Vorpommern gibt es weiterhin zahlreiche Angebote der jüdischen Kultur. Die 9. Rostocker Kulturtage, die Jüdischen Gedenktage in Güstrow und das Festival „Verfemte

“Musik” wurden mit zahlreichen Konzerten, Lesungen, Theaterstücken auch im Herbst 2025 durchgeführt. Darüber hinaus wurden in vielen Städten des Landes Veranstaltungen der jüdischen Kultur angeboten. Es ist weiterhin ein Anliegen des Beauftragten, mittelfristig dieses reichhaltige Kulturleben unter einem Dach „Jüdische Kultur in Mecklenburg-Vorpommern“ zu bündeln.

Der Beauftragte hat in den Jahren 2024 und 2025 Kulturveranstaltungen in Rostock, Greifswald, Schwerin, Ziethen, Neustrelitz, Neubrandenburg, Stavenhagen, Lübz, Parchim, Pasewalk, Löcknitz, Hagenow, Boizenburg, Wismar, Güstrow und Röbel gefördert.

1.4. „Meet a jew“

Der Beauftragte setzt sich dafür ein, dass das Projekt des Zentralrats der Juden, „Meet a jew“, an Schulen in Mecklenburg-Vorpommern breiter genutzt wird. „Meet a jew“ hat einen Personalpool von jungen Jüdinnen und Juden gebildet, die in die Schulen gehen und dort aus ihrem jüdischen Alltagsleben erzählen.

Der Beauftragte hat bei der Ministerin für Bildung und Kindertagesförderung angeregt, mit dem Zentralrat der Juden eine Vereinbarung zur Durchführung von „Meet a jew“ in Schulen in Mecklenburg-Vorpommern abzuschließen.

1.5. Judentum lernen – anhand des Schabbats

In den Jahren 2022 und 2023 wurde an zehn Schulen in Mecklenburg-Vorpommern das so genannte Fleischmann-Projekt „Judentum lernen – anhand des Schabbats“ durchgeführt. Nachdem das Projekt im Jahr 2024 aus organisatorischen Gründen aussetzte, wurde es im Jahr 2025 wieder aufgenommen. Dabei handelt es sich um ein gemeinsames Projekt des Instituts für Qualitätsentwicklung Mecklenburg-Vorpommern (IQ M-V) und des Beauftragten für jüdisches Leben und gegen Antisemitismus in Mecklenburg-Vorpommern. Das Projekt befähigt Schülerinnen und Schüler, das Judentum als Bestandteil ihrer eigenen Kultur wahrzunehmen. Durch das Kennenlernen des Fremden wandelt sich dieses Fremde in etwas Bekanntes und wirkt präventiv gegen Antisemitismus.

1.6. Jüdische Friedhöfe

Jüdische Friedhöfe haben für Jüdinnen und Juden eine heilige Bedeutung, weil eine ewige Totenruhe gilt. Der Landesverband der jüdischen Gemeinden trägt regelmäßig in Quartalsgesprächen Angelegenheiten im Zusammenhang mit jüdischen Friedhöfen vor.

A. Jüdische Friedhöfe (in Gebrauch) in Rostock und Schwerin

Der Beauftragte hat sich bei der Oberbürgermeisterin der Hansestadt Rostock dafür eingesetzt, dass die Jüdische Gemeinde Rostock eine eigene Trauerhalle auf dem Westfriedhof bauen kann. Bei zwei Lokalterminen konnten u.a. Standort- und Eigentumsfragen geklärt werden. Die Hansestadt Rostock hat sich bereit erklärt, eine Fläche im Eingangsbereich des Westfriedhofs unentgeltlich zur Verfügung zu stellen. Eine Delegation der Jüdischen Gemeinde Rostock, der Stadtverwaltung und der Beauftragte besichtigten 2025 eine Feierhalle in Lieskau bei Halle (Saale), deren Baupläne in Rostock übernommen werden sollen. Nunmehr wird an der konkreten Bauplanung und Finanzierung gearbeitet.

Auf dem alten jüdischen Friedhof in der Bornhövedstraße in Schwerin ist die Wiederbelegung des Begräbnisplatzes geplant. Die Trauerhalle, die als einzige im norddeutschen Raum erhalten ist, muss vor der Wiederingebrauchnahme saniert werden. Eine Lösung wird im Rahmen der Neuverhandlung des Staatsvertrages 2026 angestrebt.

B. Verwaiste jüdische Friedhöfe

In Mecklenburg-Vorpommern sind die Standorte von 62 jüdischen Friedhöfen bekannt. Diese befinden sich in unterschiedlichen Zuständen. Auf Initiative des Beauftragten hat eine kleine Arbeitsgruppe von Juli bis Oktober 2025 alle Standorte besichtigt und eine Bestandsaufnahme durchgeführt. Es ist das Ziel, eine vollständige Dokumentation aller Standorte der jüdischen Friedhöfe in Mecklenburg-Vorpommern zu erstellen und zugänglich zu machen.

Weiterhin ist ein Fachartikel für die Verbandszeitschrift des Städte- und Gemeindetages Mecklenburg-Vorpommern geplant, um über die rechtlichen Regelungen im Zusammenhang mit der Pflege jüdischer Friedhöfe zu informieren.

In Lassan wurden die Eigentumsverhältnisse des jüdischen Friedhofs aufgeklärt. Eine Wiederherstellung ist geplant.

In Ludwigslust konnte eine im Frühjahr 2022 eingestürzte Friedhofsmauer nach einer ausführlichen Abstimmung mit der Unteren Denkmalschutzbehörde im Sommer 2025 saniert werden.

In Güstrow wurden von einer Projektgruppe die seit Jahren in einem Baudepot der Stadt eingelagerten Grabsteine fotodokumentiert und fachgerecht gelagert. Derzeit wird an einer Planung zur zukünftigen Aufstellung der Grabsteine gearbeitet.

In Bad Sülze und in der Hansestadt Greifswald wird zusammen mit den Stadtverwaltungen an einer Wiederherstellung der jüdischen Friedhöfe gearbeitet.

Erstinstandsetzungen und Pflegemaßnahmen aus dem Bund-Länder-Programm erfolgen kontinuierlich in Abstimmung zwischen dem Innenministerium und dem Landesverband der jüdischen Gemeinden in Mecklenburg-Vorpommern.

Der Beauftragte ist Mitglied im bundesweiten Netzwerk „Net Olam“.

1.7. Errichtung des Härtefallfonds für jüdische Kontingentflüchtlinge

Der Beauftragte hat die Errichtung eines Härtefallfonds für jüdische Kontingentflüchtlinge unterstützt, da die ohnehin geringen Rentenansprüche aus den Nachfolgestaaten der Sowjetunion nicht in das deutsche Rentensystem überführt worden sind. 2023 erfolgte die Errichtung einer Stiftung des Bundes zur Abmilderung von Härtefällen aus der Ost-West-Rentenüberleitung, für jüdische Kontingentflüchtlinge und Spätaussiedler, der Mecklenburg-Vorpommern beigetreten ist. Bis zum 31. Januar 2024 konnten Anträge auf eine einmalige Zahlung von 5.000 Euro (je 2.500 Euro vom Bund und vom Land) gestellt werden. Damit konnte drohende Altersarmut abgemildert werden.

1.8. Vermittlung mit der Landesregierung und den Kommunen

Für die Belange und Anliegen der jüdischen Gemeinden ist der Beauftragte als Ansprechpartner und Vermittler innerhalb der Landesregierung aufgetreten.

Der Beauftragte nimmt als beratendes Mitglied an den Sitzungen der interministeriellen Arbeitsgruppe für Demokratie und Toleranz teil. Er ist jedoch kein Mitglied des Beratungsnetzwerkes Demokratie und Toleranz Mecklenburg-Vorpommern.

Der Beauftragte ist ständiges Mitglied im Arbeitskreis Extremismus beim Landesrat für Kriminalitätsvorbeugung.

Der Beauftragte nimmt regelmäßig an den Beratungen des Runden Tisches „Gedenkstättenarbeit in Mecklenburg-Vorpommern“ teil.

1.9. Bund-Länder-Kommission der Antisemitismusbeauftragten

Mit dem Beauftragten des Bundes für Jüdisches Leben in Deutschland und gegen Antisemitismus, Herrn Dr. Felix Klein, steht der Beauftragte in Verbindung.

Zudem ist der Beauftragte Mitglied in der Bund-Länder-Kommission der Antisemitismusbeauftragten der Länder. Die Kommission tagt zweimal im Jahr in Berlin bzw. dem Vorsitzland der Ministerpräsidentenkonferenz. Die Kommission dient in erster Linie dem Austausch und der Diskussion aktueller Fragen.

1.10. ConAct

Der Beauftragte ist von der Ministerin für Soziales, Gesundheit und Sport Mecklenburg-Vorpommern gebeten worden, das Land im Deutsch-Israelischen Koordinierungsrat (Sitz in Lutherstadt Wittenberg) zu vertreten. ConAct koordiniert im Auftrag der Bundesregierung und der Länder den deutsch-israelischen Jugendaustausch. Seit längerer Zeit verhandelt die Bundesregierung mit der Regierung Israels über die Gründung eines deutsch-israelischen Jugendwerks.

2. Antisemitismus

2.1. Sicherheit der jüdischen Gemeinden

Nach dem Attentat auf die Synagoge in Halle (Saale) am 9. Oktober 2019 hat die Ständige Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder vom 4. bis 6. Dezember 2019 technische und bauliche Maßnahmen zum Schutz von Synagogen beschlossen. Bund und Länder haben dazu Fördermittel zur Verfügung gestellt.

Mit dem Massaker der Hamas am 7. Oktober 2023 in Israel und dem Terroranschlag auf eine öffentliche Chanukkafeier am 14. Dezember 2025 in Sydney hat sich die Sicherheitslage weiter verschärft. Die bereits geplanten Baumaßnahmen in Schwerin und Rostock wurden weiter forciert. Dazu hatte das Landeskriminalamt Mecklenburg-Vorpommern im Jahr 2021 sicherheitstechnische Empfehlungen vorgelegt. Das Landesförderinstitut Mecklenburg-Vorpommern hat die entsprechenden Fördermittelbescheide erstellt.

In Rostock konnten die technischen Maßnahmen am und im Gemeindehaus im Sommer 2025 abgeschlossen werden. Verbesserungen im Außenbereich werden mit der Hansestadt Rostock abgestimmt.

In Schwerin sind die Bauplanungen abgeschlossen und die Umsetzung der technischen Maßnahmen ist begonnen worden. Ein Termin für die Fertigstellung kann noch nicht genannt werden, da die Umbauten in einem komplizierten Altbaubestand umgesetzt werden müssen.

Die jüdischen Einrichtungen werden seit dem 7. Oktober 2023 mit zusätzlichen Sicherheitsmaßnahmen der Polizei geschützt.

2.2. Landesaktionsplan gegen Antisemitismus

Der Landtag Mecklenburg-Vorpommern hat am 9. November 2022 den Beschluss „Nie wieder! Aus der Geschichte lernen für die Zukunft“ gefasst. Darin wird die Landesregierung beauftragt, einen Aktionsplan gegen Antisemitismus auszuarbeiten. Der Aktionsplan wurde in einem

breiten Beteiligungsprozess entwickelt. Am 25. Oktober 2023 fand dazu die 1. Beteiligungskonferenz in Schwerin mit ca. 70 Teilnehmenden statt. Nach der Konferenz wurden die Ergebnisse in einem Impulspapier zum Aktionsplan zusammengefasst und den Netzwerkpartnern zugesandt. Am 9. September 2024 fand die 2. Beteiligungskonferenz statt, auf der der Entwurf zum Aktionsplan diskutiert wurde.

Am 13. November 2024 hat die Landesregierung den Landesaktionsplan gegen Antisemitismus beschlossen und an den Landtag übergeben.

Parallel erschien der Landesaktionsplan als Printpublikation, die online im Regierungsportal als PDF verfügbar ist.

Mit der Umsetzung von einzelnen Maßnahmen des Landesaktionsplans wurde bereits begonnen. Die nachfolgenden Abschnitte sind dafür gute Beispiele.

2.3. Ergänzung der Landesverfassung zum Schutz jüdischen Lebens

Der Landtag Mecklenburg-Vorpommern hat sich am 29. Januar 2025 die Forderung aus dem Landesaktionsplan gegen Antisemitismus zu eigen gemacht und die Landesverfassung in Artikel 18a ergänzt. Im Absatz 2 wird antisemitisches Gedankengut geächtet. In Absatz 3 wird nun geregelt, dass das jüdische Leben und die jüdische Kultur geschützt und gefördert werden.

2.4. Antisemitismus die Stirn bieten. Wissen und Kompetenzen stärken

Am 18. und 19. September 2024 veranstalteten die Friedrich-Ebert-Stiftung, Büro Schwerin, die Evangelische Akademie Berlin-Brandenburg und der Beauftragte in Greifswald und Rostock jeweils Podiumsgespräche „Religion und Ostdeutschland – (wie) geht das zusammen?“. Das Podium war inhaltlich von Karoline Ritter, Theologische Fakultät der Universität Greifswald, und dem Beauftragten konzipiert worden. Nach einem Impulsvortrag von Dr. Olav Glöckner, Moses-Mendelssohn-Zentrum an der Universität Potsdam, diskutierten eine junge Christin, eine junge Jüdin und ein junger Muslim über ihre Glaubenserfahrungen.

Vom 19. bis 23. Mai 2025 hat der Beauftragte eine Lesereise mit dem Autor Benet Lehmann und seiner Biographie „Esthers Spuren. Die Geschichte der Shoah-Überlebenden Esther Bejarano und der Kampf gegen Rechtsextremismus“ durchgeführt. Dabei wurden die Lesungen vormittags an Schulen und abends in Kultureinrichtungen in Lübz, Hagenow, Schwerin, Wismar, Güstrow, Neustrelitz, Neubrandenburg, Stavenhagen, Pasewalk und Greifswald veranstaltet. In den Schulen wurden ca. 500 Schülerinnen und Schüler erreicht, an den Abendveranstaltungen nahmen ca. 200 Gäste teil.

2.5. Handreichung gegen Antisemitismus für die Grund- und Orientierungsstufe

Mit der Ministerin für Bildung und Kindertagesförderung vereinbarte der Beauftragte die Erarbeitung einer Handreichung gegen Antisemitismus für die Klassenstufen 1–6 in Kooperation mit dem Anne Frank Zentrum. Die Handreichung wurde Ende des Jahres 2024 fertiggestellt und im Rahmen eines Lehrerfachtags „Antisemitismus die Stirn bieten“ sowie Online-Veranstaltungen vorgestellt und eingeführt. Im Jahr 2026 ist die Erstellung einer Handreichung für die Klassenstufen ab dem 7. Jahrgang geplant. Mit der Fertigstellung liegen dann Materialien für alle Klassenstufen vor.

2.6. Lehrerfortbildung mit dem deutschen Botschafter in Israel

Am 10. Oktober 2024 hielt im Rahmen einer Online-Fortbildung des IQ M-V für Lehrkräfte der deutsche Botschafter in Israel, Steffen Seibert, einen Vortrag über die aktuelle Situation im Nahen Osten und beantwortete Fragen. Im Rahmen dieser Veranstaltung wurde auch mit dem Beauftragten ein Interview über seine Tätigkeit geführt.

2.7. Umgang mit Antisemitismus an Hochschulen

Auf Initiative der Ministerin für Wissenschaft, Kultur, Bundes- und Europaangelegenheiten, Bettina Martin, fand am 8. Juli 2024 eine Online-Konferenz mit den Hochschulleitungen in Mecklenburg-Vorpommern zum Umgang mit Antisemitismus statt. In das Thema führte Frau Prof. Miriam Rürup, Direktorin des Moses-Mendelssohn-Zentrums an der Universität Potsdam, ein.

Im Sommer 2025 berief die Universität Rostock Prof. Martin Rösel und die Universität Greifswald Prof. Martin Beyerle zu Antisemitismusbeauftragten.

Am 13. Juni 2025 empfing die Präsidentin der Wissenschaftsministerkonferenz bei der Kultusministerkonferenz KMK, Ministerin Bettina Martin, zusammen mit dem Beauftragten den Präsidenten der Jüdischen Studierendenunion Deutschlands (JSUD), Ron Dekel, und seiner Stellvertreterin Alexandra Krioukov zu einem Gespräch. Der Forderungskatalog der JSUD zum Thema „Umgang mit Antisemitismus an Hochschulen“ wurde vorgestellt. Im Rahmen der 4. Wissenschaftsministerkonferenz am 15. Oktober 2025 wurde der Forderungskatalog offiziell übergeben.

3. Erinnerungsarbeit Shoah

3.1. Ausstellung „70 Jahre Luxemburger Abkommen“

Die Ausstellung „70 Jahre Luxemburger Abkommen“ wurde im Sommer im Dokumentationszentrum Prora und im Frühjahr 2025 in der Gerichtslaube im Rathaus der Hansestadt Wismar gezeigt. Das Luxemburger Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland, der Jewish Claims Conference und dem Staat Israel wurde am 10. September 1952 abgeschlossen und regelt Entschädigungsleistungen der Bundesrepublik Deutschland für die ermordeten und vertriebenen Juden in Europa. Dieses Abkommen wurde in der ehemaligen DDR verschwiegen. Deshalb war es dem Beauftragten ein besonderes Anliegen, diese Ausstellung der Claims Conference und des Bundesfinanzministeriums auch in Mecklenburg-Vorpommern zu zeigen.

3.2. Projekt „Gedenkbuch Juden in Pommern“

Die Landeszentrale für politische Bildung hat im Jahr 2019 das Gedenkbuch „Juden in Mecklenburg 1845-1945“ herausgegeben, ein Standardwerk zur Geschichte jüdischen Lebens in Mecklenburg. Der Direktor der Landeszentrale für politische Bildung, Jochen Schmidt, und der Beauftragte streben nunmehr die Erarbeitung eines Gedenkbuches „Juden in Pommern“ an, das mit Unterstützung des Historikers Prof. Jörg Hackmann in deutsch-polnischer Zusammenarbeit entstehen soll. Im Juni 2023 fand dazu ein erster zweitägiger deutsch-polnischer Workshop in Kielce (Polen) statt, in dessen Ergebnis ein Förderantrag bei der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien gestellt wurde. Der Antrag ist (immer) noch nicht beschieden.

3.3. Archivfunde in Ludwigslust

Bei einer Beratung beim Bürgermeister der Stadt Ludwigslust Anfang 2024 wurde zufällig die Existenz einer Bauakte zum jüdischen Friedhof aus dem Jahr 1935 bekannt. Die Bauakte wurde dem Beauftragten digital übermittelt. Sie beinhaltet Schriftverkehr zwischen dem damaligen NS-Bürgermeister Müller mit seinen mecklenburgischen Amtskollegen über den Zustand von und den Umgang mit jüdischen Friedhöfen. Der Schriftverkehr ermöglicht einen vollständigen Überblick über die jüdischen Friedhöfe in Mecklenburg 1935.

Frau Prof. Elke-Vera Kotowski von der Moses-Mendelssohn-Stiftung konnte dafür gewonnen werden, im Rahmen eines Studienprojektes die Bauakte wissenschaftlich aufzubereiten. Für 2026 soll eine Ausstellung über jüdische Friedhöfe in Mecklenburg-Vorpommern unter Einbeziehung der Archivfunde konzipiert werden.

3.4. Gedenkzeichen Synagoge Malchin

Auf Initiative von Pastor i. R. Eckart Hübener gründete sich im Jahr 2022 eine Projektgruppe mit dem Ziel, an die ehemalige Synagoge und den ehemaligen jüdischen Friedhof in Malchin zu erinnern. Die ehemalige Synagoge wurde bereit 1925 aufgegeben, an das katholische Erzbistum verkauft und fortan als katholische Kirche genutzt. Am 30. April 1945 brannte das Gebäude beim von der Roten Armee gelegten Stadtfeuer ab.

In der Nähe des Standortes sind als ein Erinnerungszeichen drei steinerne Stühle aufgestellt worden, die vom Berliner Künstler Michael Spengler gestaltet worden sind. Sie wird, wie auch der ehemalige jüdische Friedhof, Teil des „Mecklenburger Kapellenweg“. Am 30. April 2024 wurde in einer interreligiösen Feier das Erinnerungszeichen eingeweiht.

3.5. Stolpersteine

Im Januar 2025 hat die Landeszentrale für politische Bildung MV eine App zum Auffinden von Stolpersteinen freigeschaltet. Beginnend in der Landeshauptstadt Schwerin soll „Stolpersteine digital“ nun schrittweise über ganz Mecklenburg-Vorpommern ausgerollt werden.

Der Beauftragte hat sich an der Verlegung von Stolpersteinen in der Hansestadt Stralsund sowie in der Landeshauptstadt Schwerin beteiligt und eine Broschüre über jüdisches Leben in Strasburg/Uckermark und die dortige Verlegung von Stolpersteinen gefördert.

Herausgeber:

Beauftragter für jüdisches Leben und gegen Antisemitismus
Schloßstraße 6-8
19053 Schwerin

E-Mail: bjl.mv@wkm.mv-regierung.de
Tel.: +49385 588-18900